

Verschärfung geschlechtlicher Ungleichheiten?

Auswirkungen der sozialen Krisen in der EU

Alexandra Scheele

Beitrag zur Veranstaltung »Krise der Reproduktion – Reproduktion in der Krise« der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung – organisiert von Birgit Riegraf und Angelika Pofnerl

Seit der großen Rezession 2008 ist eine Verkettung von unterschiedlichen »Krisen«¹ zu beobachten: Auf die Bankenkrise folgte eine Krise der Realökonomie und mittlerweile sind viele EU-Staaten von einer Staatsschulden- bzw. Fiskalkrise betroffen. Aus der Perspektive der Geschlechtersoziologie lassen sich die unterschiedlichen Krisen als Kulminations- und Beschleunigungsprozesse einer tiefer greifenden gesellschaftlichen Strukturkrise begreifen. Diese Strukturkrise besteht darin, dass nicht nur die Art der strukturellen Verknüpfung von klassischem Produktionskapitalismus und grenzüberschreitendem globalen Finanzmarktkapitalismus an ihre Grenzen gekommen ist, sondern auch die quer dazu liegende Verknüpfung von Produktions- und Reproduktionssphäre inklusive des ihr unterlegten Genderregimes. Die Geschlechtersoziologie erweitert deshalb den Blick auf die gesamte – und nicht nur auf den Markt bezogene – Güter- und Leistungsproduktion und identifiziert dadurch die hochgradig nach Geschlecht hierarchisierten Segmente wirtschaftlichen Handelns (Michalitsch, 2013, 128): den globalen Finanzmarkt, die »reale Marktwirtschaft«, den öffentlichen Dienstleistungssektor, den informellen Sektor und die als »privat« definierte Versorgungsökonomie. Die Hierarchie besteht nun darin, dass der Finanzsektor und die Versorgungsökonomie jeweils die entgegengesetzten Pole hinsichtlich Einkommen, Status und Entscheidungsmacht abbilden – und zudem deutlich geschlechtlich codiert sind (Lepperhoff, Scheele 2014; Michalitsch 2013, 128).

¹ Ganz allgemein gesprochen resultieren Krisen – wie Alex Demirovic und Andrea Maihofer (2013) ausführen – »aus Widersprüchen und Spannungen, die schon zuvor bestanden und zu einer Vielzahl von kleinen Krisen führen, die sich, wenn keine entscheidenden Gegenmaßnahmen ergriffen werden, zu großen Krisen aufschaukeln können« (Demirović, Maihofer 2013, 32). Insofern treten in Krisensituationen bereits bestehende Unvereinbarkeiten und Konflikte zutage, wie sich gerade an einer Auseinandersetzung mit den Geschlechterverhältnissen gut zeigen lässt.

Im Unterschied zu vielen Krisenanalysen, die sich vorrangig mit marktförmig ausgestalteten Krisenprozesse auseinandersetzen, soll im Folgenden der Blick auf die sozialen Krisenprozesse in Folge der genannten Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrisen gerichtet werden. Die Spekulations- und Finanzmarktgeschehnisse waren schließlich nicht nur mit negativen Wirkungen für andere Segmente der Ökonomie verbunden, sondern haben massive, vielfach beschränkende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und die Handlungs- und Kritikfähigkeit von Personen und sozialen Gruppen.

Wir haben es dabei mit einer doppelten sozialen Krise zu tun: Die erste soziale Krise besteht darin, dass die Europäische Union deutlich gespalten ist (vergleiche zum Beispiel Dauderstädt, Keltek 2012; Dauderstädt, Keltek 2015): Auf der einen Seite gibt es Staaten, die relativ unbeschadet aus der Krise herausgegangen sind und gegenwärtig von einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung – Wirtschaftswachstum –, von einer innerhalb der Maastricht-Kriterien relativ niedrigen Verschuldung und von relativ niedriger Erwerbslosigkeit gekennzeichnet sind. Neben Deutschland betrifft dies insbesondere die baltischen Staaten, Schweden oder Österreich. Demgegenüber stehen jene Staaten mit schwacher wirtschaftlicher Leistung, hoher Verschuldung und hoher Erwerbslosigkeit. Dazu gehören die südlichen EU-Mitgliedsstaaten, aber auch mittlerweile Italien und Frankreich. Eine Analyse des Pro-Kopf-Einkommens in den EU-Staaten zeigt, dass das »Verhältnis der Einkommen des reichsten und ärmsten Fünftels der EU-Bevölkerung (Quintilverhältnis 80/20)« (Dauderstädt, Keltek 2015, 1) in Europa mit 9,5 in Euro und 6,2 in Kaufkraftstärke »höher ist als in den USA, Indien oder Russland« (Dauderstädt, Keltek 2015, 3). Während die Ungleichheit in der EU bis 2009 deutlich abgenommen hat, bleiben seit 2011 die Einkommensunterschiede in Europa trotz leichter Veränderungen in den einzelnen Mitgliedstaaten bestehen. Zu dieser sozialen Krise zwischen den EU-Staaten kommt jene innerhalb der einzelnen EU-Staaten, die eng mit der ersten Krise verknüpft ist. Zum Abbau der öffentlichen Verschuldung und zur Vermeidung eines erneuten Anstiegs der Staatsschulden (»Schuldenbremse«) haben die meisten europäischen Länder einen austeritätspolitischen Kursschwenk vollzogen. Dieser zielt auf Einsparungen im Bereich der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen. Allerdings haben »Entlassungen und Gehaltskürzungen bei Angestellten des öffentlichen Dienstes, Verminderung der Sozialleistungen, Streichung von Subventionen [...] ihre Grenzen bei den Folgen: dem sinkenden Nationaleinkommen, der höheren Arbeitslosigkeit und den dadurch wiederum steigenden Sozialleistungen« (Lepsius 2013, 185). Es verschlechtert sich durch diese Maßnahmen die soziale Lage von einkommensschwachen Gruppen und sogenannten Risikogruppen, was mit steigenden finanziellen, gesundheitlichen und sozialen Belastungen der Menschen verbunden ist.² Diese sozialen Folgekosten (extreme Ungleichheit, Unsicherheit, Prekarisierung, Armut, Arbeitslosigkeit etc.) stellen das Einsparungspotential im Bereich der sozialstaatlicher Leistungen und öffentlicher Angebote in Frage.

² Im Extremfall können diese Belastungen sogar zu einem Anstieg der Suizidzahlen führen. Eine Datenanalyse eines internationalen Forscher/-innenteams, die von der WHO und den Centers for Disease Control und Prevention veröffentlicht wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass sich im Jahr 2009 in den 54 erfassten Ländern knapp 5.000 Männer mehr das Leben genommen haben, als es vom langjährigen Trend her zu erwarten gewesen wäre. Expert/-innen begründen diesen Anstieg mit der Wirtschaftskrise und den damit verbundenen Existenzbedrohungen und dem möglichen Verlust gesellschaftlichen Ansehens (Weber 2014).

Ausgehend von dieser zweiten sozialen Krise soll im Folgenden untersucht werden, wie sich die geschlechtliche Ungleichheit im Zuge der Konsolidierungs- und insbesondere austeritätspolitischen Maßnahmen, die zur Eindämmung der Staatsschulden- bzw. Fiskalkrise ergriffen wurden, entwickelt hat. Dazu werden – neben Deutschland – exemplarisch Spanien und Griechenland betrachtet. Bereits zu Beginn der Banken- und Finanzkrise wurde in geschlechtersoziologischen Analysen die Befürchtung geäußert, dass sich die Austeritätsmaßnahmen direkt, zum Beispiel im Kontext von Stellenkürzungen oder auch zeitversetzt, zum Beispiel durch den Abbau sozialer Dienstleistungen, zum Nachteil von Frauen auswirken (vergleiche Annesley, Scheele 2011; Kurz-Scherf, Scheele 2012, 8; Scheele 2009; Wichterich 2010).

Zur Analyse und Differenzierung der Organisationsprinzipien von Produktion (Erwerbsarbeit) und Reproduktion (Für- und Selbstsorge) sind der Begriff des Genderregimes sowie die Unterscheidung von Wohlfahrtsstaaten in familisierende und de-familisierende Regime hilfreich. Mit dem Begriff des Genderregimes werden die Organisationsprinzipien, die zu einer unterschiedlichen Verteilung und Hierarchisierung zwischen den Genusgruppen führen, in den Blick genommen. Bei der Analyse von familisierenden und de-familisierenden Wohlfahrtsregimes werden wohlfahrtsstaatliche Politiken dahingehend untersucht, ob sie die Erbringung von Betreuungsaufgaben in den Familien stärken oder schwächen. Gestärkt wird die Betreuungsfunktion von Familien zum Beispiel durch steuerliche Begünstigungen (z.B. Ehegattensplitting) oder direkte Familientransfers (z.B. Betreuungsgeld). Im Unterschied dazu entlasten öffentliche Einrichtungen, wie Kindergärten oder Pflegeheime oder auch die öffentlich geförderten oder marktvermittelten Dienste zum Beispiel im Bereich der Pflege die Familien (vergleiche Appelt 2014, 105f). Sigrid Leitner (2013) differenziert die familisierenden Regime weiterhin danach, ob sie dieses Modell explizit (oftmals mit Verweis auf traditionelle Geschlechterrollen), implizit (mangelhafter Ausbau oder hohe Kosten von Einrichtungen burden den Familien die Aufgaben auf) oder auch optional (eröffnen reale Wahlmöglichkeiten) verfolgen.

Geschlechterungleichheit in der Krise

Zur Beschreibung sozialer Ungleichheit wird in erster Linie die Dimension »Erwerbsarbeit« in den Blick genommen, da das Erwerbsleben der Ort ist, an dem sich entlang zugeschriebener Merkmale, wie z.B. Geschlecht oder sozialer Herkunft ebenso wie entlang erworbener Merkmale wie Bildung, Chancen und Risiken konzentrieren und Dynamik entfalten. Darüber hinaus verfestigen sich über den ungleichen, oftmals nur prekären Zugang zu Erwerbsarbeit im Lebensverlauf Einkommens- und Vermögensungleichheiten sowie ungleich verteilte Armuts- und Gesundheitsrisiken, Lebensbedingungen und Handlungsressourcen. Und schließlich sind die sozialen Sicherungssysteme meist an Erwerbsarbeit gekoppelt³.

³ Aus der geschlechtersoziologischen Perspektive ist diese forschungspraktisch begründete Fokussierung insofern verkürzt, als dass nicht-marktförmige Organisationsformen von Arbeit ausgeschlossen sind und damit die konstatierte Hierarchisierung zwischen – vereinfacht gesprochen – »Produktion« und »Reproduktion« gewissermaßen bestärkt wird.

Die Erwerbsbeteiligung in der Europäischen Union (EU-28) ist zwischen 2008 und 2013 deutlich zurückgegangen und zwar von 70,3 Prozent auf 68,4 Prozent. Während die Erwerbstätigenquote von Frauen relativ stabil geblieben ist, ist die der Männer deutlich (um 3,7 Prozentpunkte) gesunken. Dies hat zu einer Verringerung des sogenannten Gender Gaps in der Beschäftigungsquote geführt. Für die Krisenjahre 2008 bis 2013 ist dies jedoch kein gleichstellungspolitischer Fortschritt, sondern vielmehr Ergebnis einer Angleichung »nach unten«, da die Beschäftigungsquote von Männern gesunken ist – und nicht die der Frauen gestiegen. Hervorzuheben ist vielmehr, dass die Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit, die in den Vorkrisenjahren nicht nur erklärtes politisches Ziel der EU (z.B. »beschäftigungspolitische Leitlinien« von 2001 im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie, Maier 2015, 9; Smith, Villa 2015, 13) war, sondern auch wichtiges Merkmal des Arbeitsmarktes, zu einem Stillstand gekommen ist (vgl. auch Bettio et al. 2012).

Die Daten zur Erwerbsbeteiligung bestätigen die bereits angesprochene Ungleichentwicklung einzelner EU-Staaten: Während in Deutschland die allgemeine Erwerbsbeteiligung zwischen 2008 und 2013 gestiegen ist (und jeweils auch die Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern), ist sie in Spanien und Griechenland deutlich zurückgegangen. Allerdings geben diese Daten noch keinen Aufschluss über den Umfang der Erwerbstätigkeit. Ein Blick auf die Entwicklung in Vollzeitäquivalenten macht deutlich, dass Frauen häufiger Teilzeit arbeiten und insofern ihre Erwerbsbeteiligung deutlich geringer ist, als es die Erwerbstätigenquote anzeigt. In Vollzeitäquivalenten angezeigt, lag die Erwerbsbeteiligung EU-weit von Frauen 2008 bei 51 Prozent und 2012 bei 50 Prozent. In Griechenland ist sie in diesem Zeitraum um sieben Prozentpunkte gesunken. Aber auch der Anteil der Männer, die Teilzeit arbeiten, hat seit 2008 deutlich zugenommen. Ihre Erwerbsbeteiligung gemessen in Vollzeitäquivalenten betrug 2008 71 Prozent und 2012 nur noch 67 Prozent. In Spanien und Griechenland ist die Vollzeitäquivalenzrate von Männern besonders stark gesunken: In Spanien um 14 Prozentpunkte und in Griechenland um 16 Prozentpunkte (Eurostat 2014).

Als Spiegelbild zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit können die Daten zur Entwicklung der Erwerbslosigkeit gesehen werden. Die Erwerbslosenquote ist EU-weit deutlich angestiegen – von 7,0 Prozent in 2008 auf 10,8 Prozent in 2013. Während in Deutschland ein Rückgang zu beobachten ist, ist die Erwerbslosigkeit in den beiden südlichen Ländern dramatisch angewachsen: In Spanien lag sie 2008 noch bei 11,3 Prozent und im Jahr 2013 bereits bei 26,1 Prozent, in Griechenland ist sie von 7,8 Prozent in 2008 auf 27,5 Prozent in 2013 gestiegen. Darüber hinaus fällt der überdurchschnittliche Anstieg des Anteils der erwerbslosen Frauen dort ins Auge. In Spanien von 11,5 Prozent in 2008 auf 31,4 Prozent in 2013 (zum Vergleich: Männer von 10,1 Prozent auf 25,6 Prozent), in Griechenland von 12,8 Prozent auf 26,7 Prozent (zum Vergleich: Männer von 5,1 Prozent auf 24,5 Prozent) (vergleiche Eurostat 2014). Besonders stark zugenommen hat die Jugendarbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 15 – 24-Jährigen. Sie betrug EU-weit in 2008 15,8 Prozent und in 2013 23,5 Prozent. Besonders in Griechenland und Spanien sind die Arbeitsmarktchancen von jungen Menschen katastrophal. In Griechenland sind mittlerweile fast zwei Drittel der jungen Frauen und mehr als die Hälfte der jungen Männer unter 25 Jahren von Erwerbslosigkeit betroffen, in Spanien sind es mehr als 54 Prozent der jungen Frauen und gut 56 Prozent der jungen Männer. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO (2012) bezeichnete die jungen Menschen in den südlichen europäischen Ländern bereits als »verlorene Generation«, da es auch keine Aussicht für eine Verbesserung ihrer Beschäftigungsperspek-

tiven gäbe. Dies wird durch Studien (zum Beispiel Schmillen, Umkehrer 2014) bestätigt, die einen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit zu Beginn des Erwerbslebens und einem deutlich erhöhten Arbeitsmarktrisiko im späteren Erwerbsverlauf festgestellt haben. Darüber hinaus sind Personen mit Migrationshintergrund und bereits vor der Krise atypisch Beschäftigte besonders stark von Arbeitsplatzverlusten betroffen und weisen ein erhöhtes Armutsrisiko auf (Bettio et al. 2012).

Auch hinsichtlich des Einkommens bleiben bestehende Geschlechterungleichheiten erhalten bzw. verstärken sich: Das unbereinigte *Gender Pay Gap*, das die Differenz in den Einkommen zwischen Frauen und Männern anzeigt, ist zwar zwischen 2008 und 2012 leicht gesunken (2008: 17,8 Prozent in EU-27), liegt im EU-Durchschnitt aber noch immer bei 16,4 Prozent – mit deutlichen Unterschieden zwischen den einzelnen Staaten. In Deutschland liegt es relativ konstant bei 22,4 Prozent, die letzten Angaben aus Griechenland sind von 2010 mit 15 Prozent (von 22 Prozent in 2008) und in Spanien bei 17,8 Prozent (2008 16,1 Prozent). Aber ähnlich wie beim Gender Gap bei der Erwerbsbeteiligung ist die Verringerung des Gender Pay Gaps überwiegend durch sinkende Männereinkommen zustande gekommen und nicht durch bessere Einkommensbedingungen von Frauen (Smith 2015, 20).

Wie lassen sich nun diese Daten erklären? Im Folgenden soll knapp auf die Krisenpolitiken und Konsolidierungsmaßnahmen in Deutschland, Griechenland und Spanien⁴ eingegangen und gezeigt werden, wie diese direkt oder indirekt zu einer Verstärkung der Geschlechterungleichheit beigetragen haben.

Sparen »auf Kosten der Frauen«? Austeritätspolitiken in Deutschland, Spanien und Griechenland

Aufgrund der kurzfristigen Krisenbewältigungsmaßnahmen ab 2008 und der guten konjunkturellen Entwicklung ist *Deutschland* relativ glimpflich durch die drei zu Beginn erwähnten Krisen gekommen. Eine Ursache dafür ist auch, dass Deutschland bereits in den Jahren zuvor im Rahmen der sogenannten Agenda 2010 einen deutlichen Umbau des Sozialstaates und damit auch Kürzungen im Bereich sozialstaatlicher Leistungen vorgenommen hat. Insbesondere die »Hartz-Gesetze« von 2003–2005 haben durch die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und der restriktiveren Gestaltung der Bezugsvoraussetzungen den Druck auf die Erwerbslosen erhöht und diese überwiegend in atypische, vielfach prekäre Arbeit gezwungen. Dies geschieht jedoch um den Preis eines Anstiegs sozialer Ungleichheit: Eine Studie der OECD hat 2011 gezeigt, dass in Deutschland die Einkommensungleichheit seit 1990 stärker gewachsen ist als in den meisten anderen OECD-Ländern. In den neunziger Jahren verdienten die obersten 10 Prozent der deutschen Einkommensbezieher/-innen noch sechsmal so viel wie die untersten 10 Prozent, im Jahr 2008 lag das Verhältnis bereits bei 8 zu 1 (57.300 zu 7.400 Euro) (OECD 2011). Die jüngste Studie der OECD von 2015 kommt nun allerdings zu dem Ergebnis, dass die Un-

⁴ Mit dieser Auswahl wird ein EU-Staat in den Blick genommen, der gemeinhin als Krisengewinner gilt und zwei Länder, die besonders stark unter den Folgen der Krise zu leiden haben bzw. deren bestehende Probleme durch die Finanz- und Wirtschaftskrise und die nachfolgenden Konsolidierungsmaßnahmen verstärkt wurden.

gleichheit bei den Einkommen seit dem Beginn der Krise 2007 nicht weiter zugenommen hat. Herausgehoben wird nun vielmehr, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland im Vergleich zu vielen anderen OECD-Ländern sehr hoch ist: »Im OECD-Schnitt halten die zehn Prozent der Reichsten nur 50 Prozent der Vermögen« (OECD 2015), in Deutschland hingegen besitzen sie 60 Prozent des Nettohaushaltsvermögen (OECD 2015).

Im Zuge der Krise verkündete die Regierung dennoch Mitte 2010 ein Sparpaket, um die im Zuge der Konsolidierungsmaßnahmen entstandenen Ausgaben wieder auszugleichen. Dieses Sparpaket umfasste bis zum Jahr 2014 Einsparungen in Höhe von rund 80 Milliarden Euro (Auth 2012, 145). Dies entspricht pro Jahr 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (Bieling 2012, 71).⁵ Diese Haushaltskonsolidierungspolitik der Jahre 2011 und 2012 zielte unter anderem auf sozialstaatliche Leistungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende, der Rentenversicherung und der Familienpolitik. Diana Auth (2012) kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass es sich dabei um eine stark selektive Politik handele, die sich besonders negativ für Langzeitarbeitslose auswirke. Damit werde fortgesetzt, was bereits vor der jetzigen Krise begonnen wurde, nämlich den Sozialstaat in »Richtung Eigenverantwortung und Selbstregulierung sowie Re-Aktivierung subsidiärer Elemente und Re-Privatisierung ehemals kollektiver Risiken« (Kurz-Scherf, Scheele 2012, 15) um- bzw. abzubauen. Betrachtet man nun die geschlechtlichen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt, bei den Arbeitszeiten, bei den Einkommen usw., so zeigt sich, dass diese auch in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs bestehen bleiben (Scheele 2013). In der Wohlfahrtsstaatsdiskussion wird das deutsche Gender-Regime als eine Mischung aus explizit und optional familisierend charakterisiert (zum Beispiel Leitner 2013). Deutschland ist gekennzeichnet von inkonsistenten politischen Regulierungen, die einerseits die Verschiebung von einem »male breadwinner model« hin zu einem »adult worker model« fördern (z.B. Ausbau Kinderbetreuungseinrichtungen, Elternzeitregelung, Neuregelung der Unterhaltspflicht nach Scheidungen), andererseits aber auch eine Fortsetzung des modernisierten Ernährermodells unterstützen (z.B. Ehegattensplitting, beitragsfreie Mitversicherung). Auch die soziale Praxis ist von Inkohärenzen in der sozialen Praxis, wo sich das proklamierte Gleichheitsideal mit »traditionellen« Geschlechterarrangements bricht.

In *Spanien* hat die Regierung ebenfalls im Jahr 2010 ein Austeritätsprogramm für die nachfolgenden drei Jahre vorgelegt. Dazu gehörten die Streichung von mehr als 13.000 Stellen sowie die Reduzierung der Gehälter im öffentlichen Dienst, die Rentenreform oder auch Kürzungen von öffentlichen Ausgaben im Bereich Gesundheit, Soziales, Bildung und Familie. Darüber hinaus wurde 2012 der Arbeitsmarkt weiter dereguliert und unter anderem der Kündigungsschutz gelockert. Darüber hinaus enthält die Regulierung von Teilzeitarbeit die Möglichkeit, dass der Arbeitgeber einseitig zugunsten einer größeren Flexibilität Überstundenarbeit fordern kann. Auch wurden bestehende Anreize, mit denen die Wiedereingliederung von Müttern nach einer Erwerbsunterbrechung in Folge der Geburt eines Kindes gefördert werden sollten, wieder abgebaut. Desweiteren wurden Austrittsmöglichkeiten aus Tarifverträgen erweitert und viele Gleichstellungspläne auf Unternehmensebene wurden nicht umgesetzt. Das Gender Pay Gap in

⁵ In den südlichen sogenannten GIPS-Staaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien ist der Umfang des Sparpakets nicht nur gemessen am Bruttoinlandsprodukt, sondern in Griechenland, Italien und Spanien auch nominal noch umfassender.

Spanien ist zwischen 2008 und 2012 um 1,7 Prozentpunkte gestiegen und betrug zuletzt (unbereinigt) 17,8 Prozent und damit 1,6 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt (Smith 2015, 20). Die Entwicklung von Gleichstellungsmaßnahmen und insbesondere die Gleichstellungspläne, die seit 2007 verpflichtend sind (aktuell für die Jahre 2014-16) haben in Spanien zu einem Kulturwandel in Sachen Gleichstellung geführt (Gonzales Gago, Kirzner 2014). Spanien gehört, wie Griechenland, in den wohlfahrtsstaatlichen Klassifikationen zu den südlichen bzw. mediterranen Ländern, die unter anderem von einem expliziten Familialismus geprägt sind. Das heißt der Familie bzw. insbesondere auch den Frauen wird eine wichtige Rolle bei der Bewältigung sozialer Notlagen zugewiesen – bei insgesamt sehr niedrigen Sozialleistungen. Vor diesem Hintergrund ist die Bedeutung der institutionalisierten Gleichstellung nicht zu unterschätzen. Das bisher Erreichte erscheint jedoch fragil zu sein, da die Ausgabenkürzungen auch eine breite Palette geschlechtersensibler Politiken betreffen und eine Abkehr von bisherigen gleichstellungsrelevanten Maßnahmen befürchten lassen. Zwischen 2011 und 2014 wurden die Ausgaben für Gleichstellungsmaßnahmen um 37 Prozent gekürzt, im Bereich Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt wurde das Budget zwischen 2011 und 2014 um 30 Prozent gekürzt.

Auch auf institutioneller Ebene wurden Einschnitte vorgenommen. Das erst 2008 neu eingerichtete Ministerium für Geschlechtergleichstellung wurde im Herbst 2010 im Zuge der Ausgabenkürzungen wieder abgeschafft und das Thema Gleichstellung in das Ministerium für Gesundheit und Soziales integriert⁶. Darüber hinaus verfügen die Regionalverwaltungen über exklusive Kompetenzen für Gleichstellungspolitiken in ihrem Gebiet und haben eigenständige regionale Gleichstellungsgesetze entwickelt, die dem Nationalen Gleichstellungsplan folgen (Gonzales Gago, Kirzner 2014, 12). Allerdings findet gegenwärtig eine Reform dieser Regionalverwaltungen statt, die für kleinere Regionen (unter 20.000 Einwohner/-innen) mit starken Einsparungszielen verbunden sind. Zwar wird der Rahmen für die Gleichstellungspolitik auf nationaler Ebene durch den Gleichstellungsplan vorgegeben, die konkreten Entscheidungen werden allerdings auf regionaler Ebene getroffen. Elvira Gonzalez Gago und Marcelo Segales Kirzner (ebd.) problematisieren in diesem Zusammenhang, dass eine bessere Koordination zwischen beiden Ebenen notwendig wäre, um eine erfolgreiche Gleichstellungsstrategie zu erreichen. Dieser Schritt schränkt folglich nicht nur konkret die Möglichkeiten zur Koordination von gleichstellungspolitisch relevanten Aufgaben ein, sondern besitzt auch hohen symbolischen Gehalt: Geschlechtergleichstellung wird zu einem zweitrangigen Gut erklärt, auf das in Krisenzeiten verzichtet werden kann (ebd.).

Auch die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben sich in der Krise weiter verschlechtert. Eine gleichstellungspolitisch relevante familienpolitische Maßnahme, nämlich die Ausdehnung der Zeiten der Elternzeit für Väter von 13 bzw. 15 auf 28 Tage wurde nicht wie ursprünglich geplant im Januar 2011 eingeführt, sondern auf 2015 verschoben. Die Kinderbetreuungquote liegt bei unter Dreijährigen bei 30,2 Prozent und bei Dreijährigen bis zur Schulpflicht bei 95,2 Prozent – allerdings gibt es ähnlich wie in Deutschland deutliche regionale Diffe-

⁶ Im Sinne von Gender Mainstreaming könnte natürlich diskutiert werden, ob Gleichstellung ein Querschnittsthema ist bzw. sein sollte oder ob es eines eigenen Ministeriums bedarf. Allerdings zeigt der Kontext des in Spanien stattfindenden Umbaus, dass es nicht um die Herstellung eines bestmöglichen Rahmens zur Herstellung von Gleichstellung geht, sondern um einen Abbau desselbigen.

renzen hinsichtlich des öffentlichen bzw. halb-öffentlichen Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen, gerade für die unter Dreijährigen. Zwar gab es im laufenden Jahr keine Budgetkürzungen, seit 2011 wurden aber die Ausgaben in der frühkindlichen und vorschulischen Erziehung bereits um knapp 40 Prozent reduziert. Der vorgesehene weitere Ausbau von Einrichtungen wurde dadurch konterkariert, da die regionalen Stellen schon jetzt Probleme haben, die bestehenden Angebote zu finanzieren. Dort, wo es keine öffentlichen Angebote gibt, müssen die Familien auf private Einrichtungen zurückgreifen, die jedoch teuer sind. Auch bei der Pflege gab es widersprüchliche Entwicklungen. Zunächst wurde der Bereich der Langzeitpflege seit 2006 deutlich verbessert, indem die Pflegepersonen (66 Prozent davon sind Frauen) finanzielle Unterstützung erhalten haben. Allerdings wurden gerade in diesem Bereich zwischen 2012 und 2014 deutliche Kürzungen (- 3,02 Millionen Euro) vorgenommen und die Zuschüsse für weniger pflegebedürftige Personen abgeschafft. Die Bedingungen für Pflegepersonen haben sich verschlechtert, da die Leistungen von pflegenden Familienmitgliedern um 15 Prozent gekürzt wurden und auch die Übernahme ihrer Sozialversicherungsbeiträge abgeschafft wurde. Dadurch hat sich die Zahl der sozialversicherten Pflegepersonen allein zwischen 2012 und 2013 um 39 Prozent verringert (vergleiche Gonzales Gago, Kirzner 2014). Eine andere Untersuchung (Picchi, Simonazzi 2014) der Auswirkungen der Austeritätspolitik auf die öffentliche Bereitstellung von Langzeitpflege in Spanien und Italien zeigt, dass die starken Einsparungen in diesem Bereich dazu geführt haben, dass Ansätze der Formalisierung und De-Familialisierung in diesen Ländern gestoppt wurden und nun der Bereich der Langzeitpflege wieder verstärkt in die Familien verschoben wurde. Diese sind jedoch zunehmend von Einkommensarmut betroffen, sodass der für die familiäre Pflege wichtige informelle Arbeitsmarkt von migrantischen Pflegekräften ebenfalls unter Druck gerät (ebd.).

Gonzales Gago und Kirzner (2014) sprechen darüber hinaus von einer »subtilen Transformation«, die das Thema »Work-Life-Balance« im aktuellen Gleichstellungsplan durchlaufen hat. Im Unterschied zu den vorherigen Gleichstellungsplänen wird das Thema der Work-Life-Balance in den Zusammenhang des Schutzes der Familie gestellt, alternative Familienmodelle jedoch nicht mehr erwähnt. Die Rechte von LGBT-Personen hinsichtlich des Zugangs zu reproduktionsmedizinischen Behandlungen werden eingeschränkt und die monatelange Diskussion um eine Verschärfung des Abtreibungsrechts – der Gesetzentwurf wurde nach Protesten am 23. September 2014 gestoppt – deutet ebenfalls auf eine zumindest symbolische Rückkehr zu einem konservativen bzw. auch explizit familisierenden Geschlechter- bzw. Familienmodell hin.

Griechenland hatte zur Bewältigung der Schuldenlast seit 2010 zwei sogenannte Euro-Rettungspakete geschnürt bekommen, die – gewissermaßen als »Schocktherapie«, wie Maria Karamessini schreibt (2012, 193) – an die Umsetzung großflächiger Sparmaßnahmen gebunden wurden. Griechenland hat für den Zeitraum 2011 bis 2015 ein Sparpaket um Umfang von 138 Milliarden Euro vorgesehen. Dies entspricht 10,6 Prozent des Bruttoinlandprodukts pro Jahr. Zum Vergleich: In Deutschland sollen zwischen 2011 und 2014 80 Milliarden Euro eingespart werden, dies entspricht allerdings »nur« 0,6 Prozent des BIP pro Jahr (Bieling 2012, 70).

Kern der zu Beginn 2010 einsetzenden Sparmaßnahmen waren Lohn- und Gehaltskürzungen, Kürzungen von Bonuszahlungen und von Überstundenvergütung im öffentlichen Dienst, Senkung von Renten und Pensionszahlungen, Reduzierung der Budgets für laufende Ausgaben

der Ministerien sowie Einschnitte bei den Mittelzuweisungen an Gemeinden und für öffentliche Investitionen (Karamessini 2012, 194). Konkret führte das dazu, dass zwischen Mai 2010 und Mai 2011 die Nominallöhne im öffentlichen Dienst um 15 Prozent und das Rentenniveau um 10 Prozent sanken. »Zusätzlich trat am 1. November 2011 für Beschäftigte im öffentlichen Dienst ein neuer, einheitlicher Tarif(vertrag) in Kraft, der eine erneute Reduzierung der Nominallöhne um durchschnittlich 30 Prozent beinhaltet« (Karamessini 2012, 194). Desweiteren wurden im öffentlichen Dienst die wöchentlichen Arbeitszeiten von 37,5 Stunden auf 40 Stunden erhöht und ein Einstellungsstopp verfügt, der sich auf die Neubesetzung freiwerdender Stellen sowie befristete Stellen bezieht. Damit kam es bereits in 2010 zu einer Abnahme von Stellen im öffentlichen Dienst um durchschnittlich 10 Prozent (Karamessini 2012, 194). In Griechenland arbeiten 37,5 Prozent der erwerbstätigen Frauen und 20,4 Prozent der erwerbstätigen Männer im öffentlichen Sektor (Eurostat 2012, 3). Der Verlust des Arbeitsplatzes ist in Griechenland armuts- und existenzgefährdend, da das Arbeitslosengeld nur für ein Jahr gezahlt wird und unabhängig vom bisherigen Einkommen nur 360 Euro beträgt. Es gibt ansonsten keine staatliche Mindestsicherung. Das Armutsrisiko (at-risk-of-poverty-rate) ist in Griechenland von 27,7 Prozent im Jahr 2010 auf 34,6 Prozent im Jahr 2012 gestiegen. Das Armutsrisiko von Kindern unter 18 Jahren liegt noch höher – von 28,7 Prozent in 2010 ist es im Jahr 2012 auf 35,4 Prozent gestiegen, wobei der stärkste Anstieg zwischen 2011 und 2012 von 20,4 Prozent auf 35,4 Prozent stattfand (der EU-27 Durchschnitt lag bei 28 Prozent). Die Konsolidierungsmaßnahmen betreffen den Bereich Bildung, Gesundheit und Soziales auch an anderer Stelle: Ansprüche an Sozialleistungen werden reduziert, Eigenleistungen für die ambulante medizinische Behandlung erhöht und die Zahl der Krankenhäuser und Schulen wurde reduziert. Einer Studie der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dublin (2013) zufolge, nehmen die Menschen in Griechenland – ähnlich wie fast alle osteuropäischen Mitgliedsstaaten – darüber hinaus eine Verschlechterung der Qualität von öffentlichen Dienstleistungen seit 2007 wahr. Dies betrifft insbesondere den Zugang zu Gesundheitsdiensten: Der Anteil der Griechen, die sagen, dass sie Schwierigkeiten mit den Kosten der Gesundheitsdienste haben, ist zwischen 2007 und 2011 von 45 Prozent auf 64 Prozent gestiegen (Eurofound 2013). Darüber hinaus wurden Arbeitnehmer/-innenrechte massiv eingeschränkt, wie zum Beispiel durch Herabsetzung des Kündigungsschutzes, die Ausweitung befristeter Beschäftigung und von Zeitarbeitsverträgen (Karamessini 2012, 196f.). Trotz der Kürzungen wird weiterhin angestrebt, das Angebot für öffentliche Kinderbetreuung auszubauen. 2011 besuchten 19 Prozent der unter Dreijährigen (8 Prozent in 2010) und 75 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen (69 Prozent in 2010) öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen. Griechenland liegt damit allerdings deutlich unter dem EU-28 Durchschnitt von 30 Prozent bzw. 83 Prozent.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die sozialen Dienstleistungen, die in Griechenland ohnehin im europäischen Vergleich geringer ausgebaut sind, durch die Sparmaßnahmen teilweise stark gekürzt wurden und damit Familien kaum entlasten. Das griechische Wohlfahrtsregime bleibt weiterhin ein familisierendes, wobei Familien keine staatliche oder betriebliche Unterstützung für die zu erbringenden Pflege- und Betreuungsleistungen erhalten. Durch die sehr prekären Erwerbsmöglichkeiten von Frauen (und Männern) werden darüber hinaus die Bedingungen für eine eigenständige Existenzsicherung und soziale Absicherung sowie die Versorgung von Angehörigen stark eingeschränkt.

Die Sparmaßnahmen haben auch an anderer Stelle zu Rückschritten hinsichtlich der Gleichstellung geführt. So wurde das staatliche Institut für Geschlechtergerechtigkeit GSGE, das seit 1985 existiert und für die Planung, Umsetzung und Evaluierung aller Gleichstellungsmaßnahmen verantwortlich ist – darunter auch den Nationalen Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter – im März 2013 so stark umstrukturiert, dass es einer Schließung gleichkam: Die ehemals 25 Einheiten wurden auf acht zusammengestrichen, drei der fünf Direktorate wurden geschlossen, 19 Abteilungen auf sechs reduziert und der Posten des Generaldirektors abgeschafft (Horak 2013).

Schluss

Die Konsolidierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise zielen vorrangig auf Einsparungen bei den Sozialleistungen, bei Rentenzahlungen und im öffentlichen Sektor (vergleiche auch Bieling 2012, 73). In Deutschland – das relativ unbeschadet durch die verschiedenen Krisen gekommen ist – wurden diese Kürzungen bereits im Zuge der Sozialstaats- und Arbeitsmarktreformen im Rahmen der Agenda 2010 vorgenommen. In Spanien und Griechenland wurden die Reformen jedoch in einer ohnehin wirtschaftlich problematischen Situation in Form einer »Schocktherapie« durchgeführt. Dies hat nicht nur zu einem dramatischen Anstieg von Arbeitslosigkeit, sondern auch von unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung geführt und zwar gerade in den Segmenten, in denen Frauen überdurchschnittlich häufig beschäftigt sind.

Geschlechterungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt bleiben – und hier unterscheiden sich Deutschland und die beiden südlichen Länder nicht – auch in der Krise bestehen. Die Verringerung von Gender Gaps, mit denen die Ungleichstellung von Frauen und Männern angezeigt wird, sind in erster Linie Ausdruck einer Verschlechterung der Arbeitsmarktbedingungen von Männern und bedeuten keinen gleichstellungspolitischen Fortschritt. Der Verlust an Arbeitsplatzsicherheit wird verstärkt durch die Kürzungen von Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit einerseits und bei familienpolitischen Leistungen wie Mutterschutz- oder Elterngeldzahlungen andererseits. Die Entwicklung zeigt eine problematische Entwicklung: Auf der einen Seite konzentrieren sich die Sparmaßnahmen auf den Bereich der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, während zugleich die finanziellen, gesundheitlichen und sozialen Belastungen der Menschen durch die Krise ansteigen. Die Einschnitte bei den Versorgungsleistungen führen zu einer (Re-)Famialisierung sozialer und gesundheitlicher Risiken sowie zu einer Verlagerung ehemals staatlicher Aufgaben in den privaten Bereich, wo sie häufig von Frauen unentgeltlich übernommen werden. Die beiden mediterranen Länder Spanien und Griechenland gelten zwar ohnehin traditionell als familialistische Wohlfahrtsstaatsregime, jedoch belegen der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit, der Ausbau von de-familialisierenden Maßnahmen sowie staatliche Gleichstellungsmaßnahmen vor der Krise, dass ein Wandel zumindest hin zu einem optionalen Familialismus stattgefunden hat, bei dem nicht mehr explizit eine geschlechtliche Zuschreibung von Versorgungsaufgaben vorgenommen wurde. Dieser beginnende Wandel scheint jedoch mit den Konsolidierungspolitiken gestoppt worden zu sein – auf Kosten sozialer Gleichheit und Geschlechtergleichheit.

Literatur

- Annesley, C., Scheele, A. 2011: Gender Capitalism and Economic Crisis: Impact and Responses across Europe. *Journal of Contemporary European Studies*, 19. Jg., Heft 3, 335–347
- Appelt, E. 2014: Sorgearbeit und soziale Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat. In B. Aulenbacher, M. Dammayr (Hg.), *Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care*. Weinheim: Beltz Juventa, 103–115.
- Auth, D. 2012: Auswirkungen der (Finanz- und Wirtschafts-)Krise auf den Wohlfahrtsstaat. In I. Kurz-Scherf, A. Scheele (Hg.), *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 141–162.
- Bettio, F., Corsi, M., D'ippoliti, C., Lyberaki, A., Samek, L., Verashchagina, A. 2012: The Impact of the Economic Crisis on the Situation of Women and Men and on Gender Equality Policies. Synthesis Report for the European Commission, Directorate-General for Justice; Unit D2, November 2012, http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/documents/130410_crisis_report_en.pdf (letzter Aufruf 24. Juni 2015).
- Bieling, H.-J. 2012: Transnationale (Krisen-)Dynamiken des Finanzmarktkapitalismus. Klassenverhältnisse, Gender und Ethnizität aus politökonomischer Perspektive. *Berliner Journal für Soziologie*, 22 Jg., Heft 22, 53–77.
- Busch, K., Hermann, C., Hinrichst, K., Schulten, T. 2012: Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht. Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung November 2012, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09444.pdf> (letzter Aufruf 24. Juni 2015).
- Dauderstädt, M., Keltek, C. 2012: Eurokrise. Die Ungleichheit wächst wieder in Europa. WISO direkt, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09283.pdf> (letzter Aufruf 24. Juni 2015).
- Dauderstädt, M., Keltek, C. 2015: Das soziale Europa in der Krise. WISO direkt, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11342.pdf> (letzter Aufruf 24. Juni 2015).
- Demirović, A., Maihofer, A. 2013: Vielfachkrise und die Krise der Geschlechterverhältnisse. In A. Heilmann, H. M. Nickel (Hg.), *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*. Weinheim: Beltz Juventa, 30–48.
- Eurofound 2013: Foundation Focus– Quality of Life, public services and the crisis. In *Foundation Focus*, Issue 13, September 2013, http://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_publication/field_ef_document/ef1342en.pdf (letzter Aufruf 19. November 2015).
- Eurostat 2014: Labour Force Survey, http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Labour_market_and_Labour_force_survey_%28LFS%29_statistics (letzter Aufruf 30. Juni 2015).
- Gonzalez Gago, E., Kirzner, Segales M. 2014: Spanish Report: Recent developments and current priorities in the field of gender equality: mapping and evaluating national strategies. ENEGE Thematic Report (unveröffentlicht).
- Horak, G. 2013: Die Verzweiflung der Griechinnen. *An.schläge*. April 2013.
- ILO, 2012: Global Employment Trends for Youth 2012, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_180976.pdf (letzter Aufruf 30. Juni 2015).
- Karamessini, M. 2012: Strukturkrise, Schocktherapie und Gender in Griechenland. In I. Kurz-Scherf, A. Scheele (Hg.), *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 187–205.
- Kurz-Scherf, I., Scheele, A. 2013: Macht oder ökonomisches Gesetz? Einleitung. In I. Kurz-Scherf, A. Scheele (Hg.): *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*, 2. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot, 7–19.
- Leitner, S. 2013: Varianten von Familialismus. Eine historisch vergleichende Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Berlin: Duncker & Humblot.
- Lepperhoff, J., Scheele, A. 2014: Zwischen Finanzmarkt und Fürsorge. Feministische Perspektiven auf Arbeit und Ökonomie. In B. Rendtorff, B. Riegraf, C. Mahs (Hg.), *40 Jahre Feministische Debatten. Resümee und Ausblick*. Weinheim: Beltz Juventa, 118–133.

- Lepsius, M. R. 2013: In welchen Krisen befindet sich die Europäische Union? *Zeitschrift für Politik*, 60. Jg., Heft 2, 182–193.
- Maier, F. 2015: Europäische Politiken zur Gleichstellung – nur noch schöne Worte? *WSI-Mitteilungen*, 68. Jg., Heft 1, 5–12.
- Michalitsch, G. 2013: Arbeit und Geschlecht: Macht- und Wahrheitseffekte der Krise. In I. Kurz-Scherf, A. Scheele (Hg.), *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*, 2. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot, 125–140.
- OECD 2011: *Divided we stand. Why Inequality keeps rising*, <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/dividedwestand-whyinequalitykeepsrising.htm> (Letzter Aufruf 30. Juni 2015)
- OECD 2015: *In it together: Why less inequality benefits all*. http://www.oecd-ilibrary.org/employment/in-it-together-why-less-inequality-benefits-all_9789264235120-en (Letzter Aufruf 30. Juni 2015).
- Picchi, S., Simonazzi, A. 2014: The Mediterranean Care Model in Times of Austerity. The Case of Italy and Spain. In B. Aulenbacher, B. Riegraf, H. Theobald (Hg.), *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Soziale Welt. Sonderband 20*. Baden-Baden: Nomos, 379-396.
- Scheele, A. 2013: Geschlechterdemokratie: Kein Thema in der politischen Krisenbewältigung? In H. M. Nickel, A. Heilmann (Hg.), *Krise, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*. Weinheim: Beltz Juventa, 86–100.
- Scheele, A. 2009: Hat die Wirtschaftskrise ein Geschlecht? *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 54. Jg., Heft 3, 26–28.
- Schmillen, A., Umkehrer, M. 2014: Verfestigung von früher Arbeitslosigkeit: Einmal arbeitslos, immer wieder arbeitslos? IAB-Kurzbericht 16/2014. Nürnberg, <http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb1614.pdf> (Letzter Aufruf 24. Juni 2015).
- Smith, M., Villa, P. 2015: EU-Strategien zur Geschlechter- und Lohngleichstellung und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. *WSI-Mitteilungen*, 68. Jg., Heft 1, 13–24.
- Weber, C., 2014: Job weg, Ansehen weg, Hoffnung weg. *SZ.de* 17. Juni 2014, <http://www.sueddeutsche.de/wissen/anstieg-der-suizidzahlen-job-weg-ansehen-weg-hoffnung-weg-1.1994847> (letzter Aufruf 24. Juni 2015).
- Wichterich, C. 2010: Geschlechteranalysen und –diskurse in der Krise. *Peripherie*, 30. Jg., Heft 118/119, 164–187.